

Platzverbot – eine Einschränkung von Grundrechten?

Zwei Politiker – Zwei Antworten



Heinz Schaden: „Um eben diese Einschränkung von Grundrechten geht es: In Österreich gibt es ein durch die Verfassung geschütztes Grundrecht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Ausgenommen davon sind lediglich Beiträge zum politischen Diskurs wie etwa die Widerbetätigung.“

Diese Meinungs- und Versammlungsfreiheit gilt für alle: für die Kritiker des WEF-Gipfels zu Osteuropa ebenso wie die Teilnehmer dieses Gipfels. Wer die politischen Grundrechte nicht antasten will, muss auch dieses Treffen akzeptieren. Der Salzburger WEF-Gipfel ist auch nicht mit anderen Veranstaltungen – etwa dem G8-Gipfel zu vergleichen. Hier ging es von Anbeginn an um die EU-Osterweiterung, um den Ausgleich der unterschiedlichen wirtschaftlichen, sozialen und demokratiepolitischen Niveaus innerhalb Europas. Deshalb fand diese WEF Veranstaltung vier Jahre lang fast unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt.

Niemand in der Stadt Salzburg nahm davon besonders Notiz. Es waren eben nicht mehrheitlich die Schönen und Reichen, die sich hier trafen, sondern jene, die eine Plattform für ihren Wunsch nach Integration in ein größeres Europa zur Sprache bringen wollten.

Das soll auch weiter so sein! Wir wollen uns ja nicht mit jenen treffen, die an einem weit rechts liegenden Ende des politischen Spektrums gegen die Osterweiterung der EU sind.

Und es müssen genauso jene ein Rede- und Demonstrationsrecht haben, welche die Globalisierung der Weltwirtschaft, die Ausbeutung der Armen im Namen einer allgemeinen Heilsbotschaft des Kapitalismus, kritisieren – und das zu Recht. Nur, die beiden Themen Osterweiterung und Globalisierung, darf man nicht einfach vermengen!

Wichtig ist dabei, dass Salzburg eine Stadt der Meinungsfreiheit und der friedlichen Konfliktregelung bleibt!“



Cyriak Schwaighofer: „Das World Economic Forum ist wichtig für Salzburg. Sagen maßgebliche Spitzen aus Politik und Wirtschaft und schwärmen von der weltweiten Berichterstattung, die derartige Treffen ganz automatisch begleitet und den Namen »Salzburg« weltweit transportiert wird.“

Toller Werbeeffekt. Bloß zu welchem Preis? Der »Belagerungszustand«, dem Salzburg beim vorjährigen WEF-Gipfel unterzogen wurde, ist den SalzburgerInnen noch in guter Erinnerung. Wer das Pech hatte, in der so genannten »Roten Zone« zu wohnen, zu arbeiten oder einfach nur irgend etwas zu tun zu haben, musste sich einiges, mitunter auch Unzumutbares, gefallen lassen. Die Bewegungsfreiheit der SalzburgerInnen wurde massiv eingeschränkt, demokratische Grundrechte in Frage gestellt. Aber ist es ein Treffen hochrangiger Polit- und Wirtschaftsspitzen tatsächlich wert, die Bevölkerung in

ihrem ganz normalen Alltag mit polizeistaatlichen Eingriffen zu konfrontieren? Ist der WEF-Gipfel so wichtig für Salzburg, dass die BürgerInnen das Durchsuchen ihrer Taschen, das Wegweisen von Plätzen, das Aufgehaltenwerden an Sperrgittern in Kauf nehmen müssen? Rechtfertigt der Werbeeffekt eines WEF-Gipfels tatsächlich die Beschneidung staatsbürgerlicher Rechte? Von den horrenden Kosten für die anscheinend notwendige Präsenz der Staatsgewalt einmal ganz abgesehen.

Uns ist der Preis zu hoch. Die Versammlungsfreiheit des WEF kollidiert zu sehr mit den Freiheiten der BürgerInnen.

Um einer kleinen Gruppe den ungestörten – und vor Terroranschlägen geschützten – Gedankenaustausch zu ermöglichen, gäbe es genügend andere Möglichkeiten, die allesamt kostengünstiger wären.

Vor allem aber demokratischer.“

